4356

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Gewährleistung des Verfassungsgesetzes des Kantons Genf vom 27. Juni 1942.

(Vom 11. Januar 1943.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Am 27. Juni 1942 hat der Grosse Rat des Kantons Genf ein Verfassungsgesetz angenommen, durch welches Art. 85 der Staatsverfassung des Kantons Genf abgeändert und ein Art. 99^{bis} in diese Verfassung aufgenommen wird. Die Wählerschaft des Kantons Genf hat das neue Gesetz in der Volksabstimmung vom 28. und 29. November 1942 mit 14 330 gegen 133 Stimmen angenommen. Mit Schreiben vom 7. Dezember 1942 hat der Staatsrat des Kantons Genf die eidgenössische Gewährleistung dieses Verfassungsgesetzes nachgesucht.

Die bisherigen und neuen Bestimmungen lauten wie folgt (Übersetzung):

Bisheriger Text:

Art. 85.

Der Staatsrat wacht darüber, dass die Gerichte ihre Obliegenheiten sorgfältig erfüllen.

Neuer Text:

Art. 85.

Unbeschadet der Vorschriften über die innere Organisation und die Tätigkeit der Gerichte und unter Vorbehalt der disziplinarischen Befugnisse des Aufsichtsrates über die Gerichte (Conseil supérieur de la magistrature) wacht der Staatsrat darüber, dass die Gerichte ihre Obliegenheiten sorgfältig erfüllen.

Auf Vorschlag des Aufsichtsrates kann der Staatsrat den Justizbeamten die Besoldung für höchstens sechs Monate entziehen oder diese Beamten entlassen oder absetzen.

Der Staatsrat kann von sich aus gegen einen Justizbeamten keine

Neuer Text:

Strafen aussprechen und keine Massnahmen treffen; er hat sich in dieser Hinsicht darauf zu beschränken, die Vorschläge des Aufsichtsrates gutzuheissen oder abzulehnen.

Art. 99^{bis}.

Unbeschadet der Bestimmungen des gemeinen Rechts, des Art. 85 der Verfassung und der Vorschriften über die innere Organisation und der Tätigkeit der Gerichte sind die Justizbeamten während ihrer Amtsdauer der Aufsicht eines Aufsichtsrates über die Gerichte unterstellt, dessen Zusammensetzung und disziplinarische Befugnisse durch das Gesetz bestimmt werden.

Der Aufsichtsrat wacht über den guten Gang der Rechtspflege und insbesondere darüber, dass die Justizbeamten ihr Amt würdig versehen.

Die neuen Bestimmungen (abgeänderter Art. 85 und der neue Art. 99^{bis}) beschlagen nur kantonales Recht. Sie enthalten nichts den Vorschriften des Bundesrechts Zuwiderlaufendes.

Wir beantragen Ihnen deshalb, dem Verfassungsgesetz des Kantons Genf vom 27. Juni 1942 durch Annahme des nachfolgenden Beschlussesentwurfs die Gewährleistung des Bundes zu erteilen.

Bern, den 11. Januar 1943.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Celio.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

über

die Gewährleistung des Verfassungsgesetzes des Kantons Genf vom 27. Juni 1942.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung von Art. 6 der Bundesverfassung,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 11. Januar 1943,
in Erwägung, dass das Verfassungsgesetz des Kantons Genf vom 27. Juni
1942 nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthält,

beschliesst:

Art. 1.

Dem Verfassungsgesetz des Kantons Genf vom 27. Juni 1942, welches den
Art. 85 der Staatsverfassung des Kantons Genf abändert und einen neuen
Art. 99^{bis} in die Verfassung aufnimmt, wird die Gewährleistung des Bundes
erteilt.

Art. 2.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug des Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Gewährleistung des Verfassungsgesetzes des Kantons Genf vom 27. Juni 1942. (Vom 11. Januar 1943.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1943
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	02
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	4356
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.01.1943
Date	
Data	
Seite	16-18
Page	
Pagina	
Ref. No	10 034 827

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.